

Dokumentation zum
Fachtag im Rathaus
Freitag, 13. April 2018



Armut und Einsamkeit im Alter

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

Inhalt

Vorwort	05
Stadtdirektor Burkhard Hintzsche	
Begrüßung	06
Oberbürgermeister Thomas Geisel	
Statement der liga wohlfahrt düsseldorf	08
Michael Szentei-Heise, Jüdische Gemeinde	
Statement des Seniorenrates der Landeshauptstadt Düsseldorf	10
Georg Jungbluth und Dr. Hartmut Mühlen	
Impulsreferat: Altersarmut ist sozialer Sprengstoff	12
Professor Dr. Stefan Sell, Hochschule Koblenz	
Gespräch: Arm und einsam im Alter	14
Betroffene kommen zu Wort	
Vortrag: Das Hilfesystem in Düsseldorf - Aktuelle Situation und Perspektiven	16
Stadtdirektor Burkhard Hintzsche	
Best Practice: Masterplan „Altengerechte, inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf“ der Stadt Münster	18
Frank Treutler, Sozialamt der Stadt Münster	
Workshop 1: Einsamkeit	20
Workshop 2: Teilhabe und Vergünstigungen	24
Workshop 3: Verschämte Armut	28
Workshop 4: Wohnen	32
Ausblick: Planung der nächsten Schritte	36
Roland Buschhausen, Amt für Soziales	

Vor
wort



Burkhard Hintzsche
Stadtdirektor

In Düsseldorf leben zirka 9.000 Seniorinnen und Senioren an der Armutsgrenze, zuzüglich einer Dunkelziffer. Betroffene Menschen sind oft beschämt, können sich Ausflüge oder den Besuch kultureller Veranstaltungen nicht mehr leisten und gehen immer seltener vor die Tür. Zu den finanziellen Einschränkungen kommt die soziale Isolation.

In der Landeshauptstadt Düsseldorf gibt es ein gut funktionierendes Hilfesystem. Trotzdem müssen vorausschauend zukunftsfähige Handlungsstrategien entwickelt werden und der Fachtag sollte hierfür den Anstoß geben.

Aber was bedeutet Altersarmut für die Zukunft genau? Welche Handlungsstrategien müssen daraus abgeleitet werden, als Verwaltung, Wohlfahrtsverband, Einrichtung oder Institution? Wo müssen die Hilfesysteme erweitert werden? Wie können von Armut betroffene Menschen ermutigt und gefördert werden?

Es gibt Unterschiede in den Bevölkerungsgruppen. Frauen sind deutlich öfter von Altersarmut betroffen, Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls. Hier spielen Erwerbsarbeitsbiografien eine große Rolle.

Der Seniorenrat hat als Interessenvertretung der älteren Generation die Durchführung des Fachtages angeregt und das Konzept wurde am 10. Januar 2018 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beschlossen. Organisiert wurde der Fachtag vom Amt für Soziales in Kooperation mit der liga wohlfahrt düsseldorf, dem Seniorenrat, dem Gesundheitsamt und dem Amt für Wohnungswesen der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie mit Unterstützung der Agentur RevierA. Für die Moderation konnte der Journalist Matthias Bongard gewonnen werden.

Rund 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Seniorenrat, Integrationsrat, Gesundheitswesen, Kirchen, Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Initiativen und Organisationen und aus dem Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung sowie dem Jobcenter haben teilgenommen und ihre Sachkenntnis eingebracht.

Nach den Impulsen am Vormittag wurden in vier parallel laufenden Workshops die Themen Einsamkeit, Teilhabe und Vergünstigungen, verschämte Armut sowie Wohnen in den Fokus gestellt. Die Ergebnisse sind in der vorliegenden Dokumentation zusammengefasst.

Burkhard Hintzsche
Stadtdirektor Landeshauptstadt Düsseldorf

Begrü
ßung



Thomas Geisel
Oberbürgermeister

Herr Oberbürgermeister Thomas Geisel begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages und zeigt sich begeistert darüber, wie gut diese Veranstaltung besucht ist. Das Thema Altersarmut drängt sich in einer Stadt wie Düsseldorf auf den ersten Blick nicht zwingend auf, dass aber so viele Personen der Einladung gefolgt sind, zeigt die Relevanz des Themas. Düsseldorf ist eine Stadt mit großer Wirtschaftsstärke und viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer verfügen über entsprechendes Einkommen. Dennoch gibt es auch schon heute viele ältere Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben. Perspektivisch wird sich das Thema Altersarmut, zum Beispiel durch teilweise prekäre Erwerbsbiografien, verstärken. Deshalb ist es wichtig, sich der Problematik anzunehmen.

Einsamkeit ist eng verknüpft mit dem Thema Armut, da den betroffenen Seniorinnen und Senioren eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in vielen Bereichen aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist.

Oberbürgermeister Thomas Geisel weist in seinem Grußwort auf die vielen guten Einrichtungen und Initiativen für ältere Menschen in Düsseldorf hin. Dazu gehören zum Beispiel die „zentren plus“ oder das Veranstaltungsprogramm „Kulturherbst“. Hier werden viele kulturelle Angebote preiswert oder unentgeltlich angeboten.

Der Oberbürgermeister dankt dem Seniorenrat ausdrücklich für die Anregung zur Ausrichtung dieses Fachtages und wünscht allen Anwesenden eine gute Tagung im Interesse der Betroffenen.

*Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von
Hanna Gatzka, Amt für Soziales.*

Statement

liga wohlfahrt düsseldorf

Herr Szentei-Heise begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages und weist auf die besondere Bedeutung dieses Tages hin.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Vereine, Initiativen, Verbände und Religionsgemeinschaften halten eine Vielzahl von Hilfen und Angeboten für die knapp 200.000 Seniorinnen und Senioren ab 55 Jahren vor, dennoch sind viele dieser Menschen in ihrem Alltag unmittelbar oder mittelbar mit Armut und Einsamkeit konfrontiert.

Armut und Einsamkeit sind eng miteinander verknüpft und betreffen alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Bildungsgrad. Gerade die armen und einsamen Menschen werden von den Hilfeangeboten nicht in dem gewünschten Maß erreicht. Eine Folge ist, dass das Netz sozialer Kontakte immer weiter schrumpft. Dies trifft insbesondere Menschen, deren Partnerin oder Partner verstorben ist oder deren Kinder in eine andere Stadt verziehen. Das Risiko einer psychischen Erkrankung steigt, gesundheitliche Beschwerden und Immobilität nehmen zu. Hier kann von einer Armut an sozialen Kontakten gesprochen werden. Daneben steht die finanzielle Armut, die durch Einsamkeit noch begünstigt wird, weil wichtige Informationen über Hilfemöglichkeiten fehlen.

In der Landeshauptstadt Düsseldorf beziehen 9.000 Menschen über 65 Jahre Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung und 3.300 Wohngeld. Aktuellen Pressein-

formationen zufolge stellen 60 Prozent der Menschen, die einen Anspruch auf Sozialleistungen haben, keinen Antrag – entweder weil sie nicht wollen oder weil ihnen Kenntnisse über die Leistung oder Hilfe bei der Antragstellung fehlen.

Die Arbeit der „zentren plus“ zeigt, dass ein Drittel der Beratungen, das sind rund 500 Beratungen pro Monat, die finanzielle Existenzsicherung betreffen.

Armut im Alter zieht erhebliche Einschränkungen im täglichen Leben nach sich. Miete und laufende Kosten verschlingen einen Großteil des Einkommens, der Einkauf von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und Medikamenten wird zum Problem. Bezahlbare Wohnungen sind knapp und können nicht seniorengerecht ausgestattet werden. Oft fehlt das Geld, um selbst kostengünstige Veranstaltungen zu besuchen. Sozialer Rückzug und Vereinsamung drohen, auch wenn nach außen noch die Fassade der Normalität aufrechterhalten wird.

Die gesundheitlichen Auswirkungen von Armut und Einsamkeit im Alter sind gravierend. Die betroffenen Menschen sind eher krank und sterben früher. Studien des Robert-Koch-Institutes zufolge sterben arme Männer zehn Jahre und arme Frauen acht Jahre früher als reiche Männer und Frauen.

Die Armutsgefährdungsquote ist bei alleinstehenden Frauen deutlich höher als bei alleinstehenden Männern. Paare sind im Schnitt nur halb so oft betroffen. Bei älteren Frauen fällt



**Michael
Szentei-Heise**
Jüdische Gemeinde

insbesondere der geringe Rentenanspruch aus vorheriger Erwerbstätigkeit oder Witwenrente ins Gewicht. Aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung sind Frauen außerdem länger von Armut im Alter betroffen als Männer. Altersarmut betrifft zudem vielfach Menschen mit Migrationshintergrund, unterbrochenen Erwerbsbiografien oder Erwerbsminderungsrenten.

Dass Armut kein kurzzeitiges gesellschaftliches Phänomen ist, belegen die steigende Inanspruchnahme der Lebensmittelausgabestellen und die zunehmende Anzahl der Menschen, die Pfandflaschen sammeln oder die mit einer Nebentätigkeit ihre Rente aufstocken müssen. So ist zum Beispiel auch die Zahl der Minijobber über 65 Jahre, die in Deutschland im Jahr 2016 bei rund einer Millionen Menschen lag, im Vergleich zum Jahr 2010 um 22 Prozent gestiegen.

Armut im Alter ist auch ein Grund, warum viele Seniorinnen und Senioren sich nicht mehr ehrenamtlich engagieren. Sie ziehen sich zurück oder müssen etwas hinzuverdienen.

Ältere Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, werden häufig mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert. Auch wenn sie nicht offen geäußert werden, führt allein schon das Wissen über bestehende Vorurteile dazu, dass sich Betroffene aus Scham zurückziehen, an der öffentlichen Armutsdebatte nicht teilnehmen und sich auch nicht solidarisieren. Vorurteile gegen sozial Schwache bleiben daher oft unwidersprochen.

Armut und Einsamkeit im Alter sind keine individuellen, sondern gesellschaftliche und strukturelle Phänomene, die jede einzelne Person in höchst unterschiedlichem Maß treffen kann. Wer von Armut oder Einsamkeit im Alter betroffen ist, bleibt es bis zum Lebensende.

Herr Szentei-Heise wünscht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Fachtags eine intensive und partnerschaftliche Arbeitsphase, die zu tragfähigen, partei- und trägerübergreifenden Ideen zur Vermeidung von Altersarmut und Einsamkeit führt.

Das Ziel aller Akteurinnen und Akteure sollte sein, dass Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren ihr Alter positiv erleben können. Er kündigt an, dass auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege dieses Ziel konsequent verfolgen und nachhalten werden.

*Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von
Claudia Manns, Amt für Soziales.*

Statement

Seniorenrat



Georg Jungbluth
*Vorsitzender des
Seniorenrates*

Herr Jungbluth begrüßt alle Anwesenden. Seit der Seniorenrat 1978 von der Landeshauptstadt Düsseldorf ins Leben gerufen wurde, damals noch unter dem Namen Seniorenbeirat, setzt er sich für die Wünsche und Interessen von älteren Menschen in Düsseldorf ein.

Zu den grundlegenden Aufgaben des Seniorenrates gehört, die Seniorenarbeit der Verwaltung zu unterstützen, mit den verschiedenen Fachgremien und der Politik zusammenzuarbeiten sowie Ansprechpartner für ältere Menschen im Stadtbezirk zu sein. Im Zuge dieser Tätigkeit kommen die Mitglieder des Seniorenrates immer öfter mit Menschen in Kontakt, die von Altersarmut und Einsamkeit betroffen sind. Daher hat der Seniorenrat zu diesen Themen einen eigenen Themenkreis gegründet. Es ist den Mitgliedern ein Anliegen, zu beleuchten, welche Personengruppen besonders von Altersarmut und Einsamkeit bedroht sind, wie diese sinnvoll bekämpft und verhindert werden können.

Der Seniorenrat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 28. Juli 2017 beschlossen, einen Antrag zur Durchführung eines Fachtages an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu stellen. Der Ausschuss hat dem Antrag entsprochen und die Verwaltung wurde gebeten, einen Fachtag zu diesen wichtigen Themen auszurichten. Herr Jungbluth freut sich sehr, dass das Interesse so groß ist und so viele an diesem Fachtag teilnehmen.



Hartmut Mühlen
Sprecher des
Themenkreises
„Altersarmut –
Alterseinsamkeit“

Heute ist ein wichtiger Tag für das soziale Leben in dieser Stadt! Herr Dr. Mühlen freut sich, dass so viele Fachleute und Aktive beim heutigen Fachtag dabei sind und an den Vorbereitungen beteiligt waren.

Vor 20 Jahren hat in Düsseldorf der erste und bisher einzige Fachtag zur Armut stattgefunden. In der Diskussion hieß es damals von der Opposition: „Der Antrag für einen Fachtag ist eine schallende Ohrfeige für die Sozial- und Gesundheitsverwaltung. Ein Fachtag bringt nur Scheingefechte. Armut wird dadurch nicht beseitigt.“ Im ersten Armutsbericht stand: „Das Armutsrisiko liegt nicht bei den Alten.“ Wie sich die Zeiten und auch die Meinungen geändert haben - sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik. Der Beschluss zur Durchführung des Fachtages im Ausschuss für Gesundheit und Soziales war einstimmig!

„Armut und Einsamkeit im Alter: Was brauchen wir in Düsseldorf?“ ist das Thema des Fachtages. Was also brauchen die Betroffenen von uns - die älteren Menschen, die unter Armut und Einsamkeit leiden? Wer sind „die“, wer sind „wir“? Fachleute sollten vorsichtig damit sein, im Namen der Betroffenen zu reden. Die Betroffenen selbst sind die Fachleute, die Leute vom Fach Altersarmut und vom Fach Alterseinsamkeit. Sie wissen, wovon sie reden, weil sie jeden Tag erleben, wovon sie sich oft nicht zu reden trauen. Zum Beispiel eine 76 Jahre alte Frau, die zur Verbesserung ihres Einkommens Flaschen sammelt. Sie sagt, dies ist ein Knochenjob. Um 2 Euro Pfand einzulösen, muss sie 15 Flaschen sammeln. Das sind rund 6 Kilo.

Das Flaschensammeln ist mühsam und beschämend. Trotzdem ist da noch was anderes als die Aufbesserung des Einkommens. Sie sagt, dass sie auf diese Weise am öffentlichen Leben teilnehmen kann.

Ein anderes Beispiel ist ein 85-jähriger Mann, der bei einer Hilfsorganisation anruft und fragt: „Können Sie mir sagen, warum ich noch leben soll?“

Es ist gut, dass Betroffene heute zu Wort kommen.

Das Schlimmste was nach dem Fachtag passieren kann, ist, dass nur der Gedanke „gut, dass wir darüber geredet haben“ bleibt und sich ansonsten nichts ändert. Der Seniorenrat und der Themenkreis „Altersarmut - Alterseinsamkeit“ haben sich vorgenommen, in den nächsten Wochen und Monaten „am Ball“ zu bleiben. Es soll daran gearbeitet werden, dass es am Ende wenigstens etwas besser wird für die Betroffenen: weniger mühsam, weniger bedrückend, leichter und vielleicht sogar fröhlicher. Hier ist eine gute Kondition gefragt und auch Schwächeperioden müssen überwunden werden. Am Ende jedoch wird eine große Zufriedenheit stehen: Wir haben es geschafft!

Die Redebeiträge wurden zusammengefasst von Hanna Gatzka, Amt für Soziales.

Impulsreferat

Altersarmut ist sozialer Sprengstoff

Mit anschaulichen Fakten beschreibt Herr Professor Dr. Sell die Auswirkungen der Altersarmut auf die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren sowie die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren durch den Anstieg der Altersarmut bevorstehen.

Das Thema Altersarmut lässt sich ohne Zahlen und Fakten nicht darstellen. Zudem ist die Armutsforschung stets geprägt durch die polarisierenden Aspekte von Armut und Reichtum. Obwohl es viele ältere Menschen in Deutschland gibt, denen es finanziell gut geht, klafft die Schere zwischen Reichtum und Armut immer weiter auseinander. Zunächst ist es wichtig, dass Personen mit mehr Geld auch über ein gewisses Maß an Empathie verfügen und bereit sind, zu teilen und etwas für diejenigen einzusetzen, die weniger haben. Diese Empathiefähigkeit nimmt nach Einschätzung von Professor Dr. Sell momentan in Deutschland eher ab und die Polarisierung zwischen den Schichten nimmt stetig zu.

Bei der Betrachtung des verfügbaren Haushaltseinkommens fällt auf, dass dieses sehr ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt ist. Rund ein Drittel der Ehepaare haben ein monatlich verfügbares Haushaltseinkommen von über 2.500 Euro. Im Gegensatz dazu lebt jeder fünfte ältere Alleinstehende von weniger als 1.000 Euro im Monat. Zudem sind überdurchschnittlich viele ältere Frauen von niedrigen Einkommen betroffen.

Studien, nach denen viele Seniorinnen und Senioren ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage als zuversichtlich einschätzen, sind durchaus positiv zu bewerten. Auf der anderen

Seite hat jeder vierte Deutsche Angst vor Armut im Alter und davor, später von Grundsicherungsleistungen abhängig zu sein. In Deutschland gelten Menschen, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen, als einkommensarm. Das mittlere Einkommen (Medianeinkommen) lag im Jahr 2017 bei monatlich 969 Euro. Der durchschnittliche Grundsicherungsbedarf im Alter liegt derzeit bei 800 Euro. Im Jahr 2017 gab es in Deutschland 544.000 Menschen, die Grundsicherung im Alter bezogen haben. Dazu kommt eine Dunkelziffer in Höhe von 40 Prozent. Das sind die Menschen, die ihre Ansprüche auf Grundsicherung nicht geltend machen. Gründe dafür sind vor allem die Scham, die eigene Bedürftigkeit im Amt nachweisen zu müssen und die Angst vor dem Verlust einer möglicherweise zu teuren Wohnung.

16 Prozent der Deutschen sind von Einkommensarmut im Alter betroffen. Die Armutsdynamik steigt bei den über 65-Jährigen zudem seit Jahren stärker an. Somit sind sie zunehmend stärker von der Armut betroffen als der Rest der Bevölkerung.

Anhand der Rentenformel erläutert Herr Professor Dr. Sell die Problematik, überhaupt mit einem durchschnittlichen Einkommen und einer normalen Lebensarbeitszeit auf eine bedarfsdeckende Altersrente zu kommen. Eine Lösung sieht er in der Schaffung einer Rente nach Mindesteinkommen und somit einer Aufwertung der Entgeltpunkte bei den Mindestlohnbeziehenden. Diese Rentenvariante gab es bereits bis 1993 in Deutschland und hat damals für vergleichsweise angemessene Altersrenten gesorgt. Der Vorteil einer bedarfsdeckenden Rentenleistung besteht zum einen im klaren Anspruch auf die Zahlung aus



**Professor Dr.
Stefan Sell**
*Hochschule
Koblenz*

der Rentenversicherung und zum anderen entfällt der Nachweis der Bedürftigkeit. Niemand müsste aus Scham oder anderen Gründen auf seinen Anspruch verzichten. Die Folge des jetzigen Rentensystems ist der stetige Anstieg der Grundsicherungsbeziehenden, da die Renten nicht mehr bedarfsdeckend sind. Da die Grundsicherung zudem bedingungslos von der eigenen Arbeitsleistung ist, wird die Akzeptanz in der Bevölkerung für ein lebenslanges Arbeiten vermutlich tendenziell eher abnehmen.

Die nächste große Welle der Altersarmut wird in den nächsten Jahren aus Ostdeutschland erwartet, da die meisten Menschen nach der Wende nur noch im Mindestlohnsektor tätig waren und parallel kein eigenes Vermögen oder Eigentum zur Altersabsicherung aufbauen konnten. So wird eine ganze Generation in die Altersarmut absinken und dies birgt durchaus sozialen Brennstoff, der zeitversetzt auch die westdeutschen Niedriglohnbeziehenden treffen wird.

Zuletzt zeigt Herr Professor Dr. Sell Alternativen aus anderen europäischen Ländern auf. In den Niederlanden, Österreich und der Schweiz gibt es echte Grundrentensysteme, die steuerfinanziert sind und den Menschen eine Basisabdeckung ohne Bedürftigkeitsprüfung bieten. In keinem anderen europäischen Land werden Geringverdienende (darunter fällt jede beziehungsweise jeder vierte Arbeitnehmende) so schlecht abgesichert wie in Deutschland. Herr Professor Dr. Sell regt daher an, auf politischer Ebene zu klären, ob sich die Lösungen der Nachbarländer auch auf Deutschland übertragen lassen. Es ist an der Zeit, an den richtigen Stellschrauben zu drehen, um nicht sehenden Auges Millionen

Menschen in die Altersarmut zu stürzen. Parallel betonte er die Bedeutung lokaler Hilfsmöglichkeiten vor Ort, um die Menschen davor zu bewahren, aus Scham ihre berechtigten Ansprüche nicht durchzusetzen.

Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von Anke Sudbrock, Amt für Soziales.

Der Powerpoint-Vortrag ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Gespräch

Arm und einsam im Alter

Herr Bongard informiert, dass es den Veranstaltern des heutigen Fachtages ein wichtiges Anliegen war, auch von Altersarmut betroffene Menschen zu Wort kommen zu lassen. Herr Dr. Mühlen, Seniorenrat, hatte bereits in seinem Statement gesagt, wie wichtig es ist, mit und nicht nur über Betroffene zu reden.

Frau M. bekundet, Herr Professor Dr. Sell hat ihr einerseits aus tiefstem Herzen gesprochen, andererseits auch viele neue Impulse gesetzt. Ihr liegen viele Themen aus dem Alltag auf der Zunge. Zuvorderst die Frage: „Wie gehen wir mit armen Seniorinnen und Senioren um?“ Ziel sollte es sein, keine Diskriminierung zuzulassen und die Menschen nicht als Bittsteller zu stigmatisieren. Es stört sie gewaltig, dass sie bei der Beantragung von Leistungen immer wieder ihre gesamte gesundheitliche, persönliche und finanzielle Situation offenlegen muss. Sie ist gezwungen, alle 12 Monate einen erneuten Antrag auf Grundsicherung zu stellen. Sie muss dann sehr umfassend Auskunft über Kontostand und Vermögensverhältnisse geben, obwohl sich ihr Gesundheitszustand und ihre finanzielle Situation mit 75 Jahren nicht mehr ändern werden. Das bedeutet für sie, alle 12 Monate ihre Abhängigkeit von Sozialleistungen aufgezeigt zu bekommen. Durch die sehr bürokratische Sprache im Amt fühlt sie sich als Bittstellerin. Der bürokratische Aufwand steht für sie zudem in keinem Verhältnis zu den teilweise sehr geringen Beträgen, die sie erhält. Sie lebt ständig mit der Angst, dass sich ihre Situation verschlechtert. Unterstützung und Zuspruch erfährt sie durch ein von

der Stadt gefördertes Projekt der renetec GmbH. Dort fühlt sie sich gut aufgefangen. Mit einer auskömmlichen Rentenzahlung, wie von Herrn Professor Dr. Sell gefordert, bliebe ihr die Abhängigkeit vom Amt und eine regelmäßige Offenbarung erspart.

Herr P. berichtet von seiner früheren Selbstständigkeit mit gutem Einkommen und privater Krankenversicherung, welche im Alter die Beiträge immens angehoben hat. Er hat Teile seiner Lebensversicherung für diese Beitragszahlungen aufgewandt. Nach der Kündigung seiner Mitgliedschaft durch die AOK ist er seit 10 Jahren ohne Krankenversicherung. Aktuell praktiziert er eine sehr gesunde Lebensführung mit gesunder Ernährung, um Krankheiten und gesundheitliche Komplikationen zu vermeiden. Über die fehlende Absicherung bei Krankheit ist er sehr verbittert. Herr Buschhausen bietet an, mit Herrn P. dessen aktuelle Situation zu analysieren und Hilfen aufzuzeigen.

Frau B. ist verärgert und wütend über eine Mieterhöhung aus dem Jahr 2015 und die sich daraus ergebenden Umstände. Sie bezieht nur eine kleine Rente, war jahrelang selbständig und ist geschieden. Sie hatte einen Antrag auf Grundsicherung gestellt und ihr wurde mitgeteilt, dass sie mit 88 Euro „über dem Satz“ liegt. Ihr wurde empfohlen, sich eine kleinere beziehungsweise günstigere Wohnung zu suchen und das, obwohl ein Familienmitglied den derzeitigen „Überschuss“ in Höhe von 38 Euro monatlich gezahlt hätte. Ihre Wohnung ist jedoch der einzige noch verbliebene „Luxus“ und sie gibt ihr seit 40 Jahren Sicherheit.

Sie hat große Angst, aus finanziellen Gründen die Wohnung zu verlieren. Die Situation macht sie krank und manchmal ist der Druck so groß, dass sie nicht mehr leben möchte. Durch den Mieterverein hat sie die Mieterhöhung sowie die Miethöhe überprüfen lassen. Darüber hinaus hat sie in einem von der Stadt Düsseldorf geförderten Projekt der redatec GmbH Hilfe gesucht. Die Mitarbeiterinnen des Projektes unterstützen sie und geben ihr Halt. Darauf möchte sie nicht mehr verzichten.

Herrn M. fällt es schwer, dass er aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen im Alter von 56 Jahren nicht mehr arbeiten kann. Er erhält eine Berufsunfähigkeitsrente und bezieht Leistungen der Grundsicherung, nicht jedoch Leistungen aus dem Mehrbedarf. Er hat eine 70-prozentige Schwerbehinderung und trotzdem steht ihm die Leistung nicht zu. Im Schwerbehindertenausweis müsste dafür das Merkmal G eingetragen sein. Er empfindet dies als soziale Ungerechtigkeit! Hier müsste es andere Möglichkeiten geben. Denn wenn beispielsweise sein Hörgerät repariert werden müsste, fehle ihm hierfür das Geld.

Herr Bongard fragt, ob die Interviewten der Gesellschaft oder eher sich selbst die Schuld für ihre Situation geben. Die Sichtweisen differieren voneinander. Herr P. sieht Fehler bei Politik und Verbänden, die „uns nur verschaukeln“. Frau B. und Frau M. sehen ihre eigenen Entscheidungen als wesentliche Ursache für ihre aktuelle Situation. Aber die Fehler der Vergangenheit können jetzt nicht mehr zurückgedreht werden.

Herr Bongard bedankt sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Diskussion ausdrücklich für den Mut und die Offenheit. Dadurch wurde das Thema Altersarmut greifbar gemacht.

Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von Holger Pfeiffer, Amt für Soziales.

Vortrag

Das Hilfesystem in Düsseldorf

Aktuelle Situation und Perspektiven

Herr Stadtdirektor Burkhard Hintzsche nimmt Bezug auf den Vortrag von Herrn Professor Dr. Sell und die Diskussion mit den Betroffenen. Sein geplantes Referat modifiziert er entsprechend. Der ursprünglich vorbereitete Vortrag ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird als reiche Stadt wahrgenommen. Bei der Beschäftigung mit dem Thema Armut wird aber deutlich, dass in einer Stadt mit überdurchschnittlich hohem Einkommen auch die Armutsgefährdungsquote entsprechend hoch ist. In Düsseldorf leben rund 120.000 Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Fast 40 Prozent davon sind alleinstehend und etwa ein Fünftel ist armutsgefährdet. Sie beziehen ein Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung beträgt.

Ein weiterer markanter Aspekt in Düsseldorf ist, dass 20 Prozent der über 65-Jährigen nur eine einzige Rentenleistung beziehen. Diese beträgt durchschnittlich 950 Euro im Monat. Der Betrag ist aufgrund der hohen Mietkosten in Düsseldorf aber nicht ausreichend, um den gewohnten Lebensstandard zu halten und die soziale und kulturelle Teilhabe sicherzustellen. Aus diesem Grund nehmen immer mehr Menschen ab 65 Jahren eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung an.

Zur Ermittlung von eindeutigen und auch im landesweiten Vergleich objektiven Zahlen empfiehlt es sich, auf die Daten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie auf die der Hilfe zur Pflege nach dem

Sozialgesetzbuch XII zurückzugreifen. In Düsseldorf beziehen zirka 9.000 Menschen Grundsicherung im Alter zuzüglich einer Dunkelziffer. Aus den unterschiedlichsten Gründen nehmen nicht alle Menschen die ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch. Um die Situation für die Betroffenen erheblich zu verbessern, wünscht sich Herr Stadtdirektor Hintzsche ein innovatives Tätigwerden auf Bundesebene. Niedrige Rentenversicherungsleistungen könnten beispielsweise automatisch durch eine steuerfinanzierte Leistung aufgestockt werden. Betroffene müssen dann keinen Antrag mehr stellen und damit entfällt die Hemmschwelle, soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen. Eine Schwierigkeit bei der automatischen Aufstockung der Leistung wären allerdings die unterschiedlichen Mietkosten in den Städten.

In dem moderierten Gespräch mit den Betroffenen wurde deutlich, dass vielfach Kenntnisse über die vorhandenen Angebote und Strukturen in Düsseldorf fehlen. Im Rahmen der weiteren Diskussion muss eruiert werden, wie im Rahmen der Quartiers- und Sozialraumorientierung der Zugang zu diesen Menschen hergestellt werden kann. In Düsseldorf werden viele Leistungen im Sozialraum mit einem konzeptionell definierten Zugang zur Zielgruppe angeboten, wie zum Beispiel durch die „zentren plus“. Die Frage ist, wie die Strukturen optimiert werden können und die Zielgruppe besser erreicht wird.

Transparenz muss in allen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe geschaffen werden, also weit über das Soziale hinaus. Weitere wichtige Aspekte, wie zum Beispiel die Nahversorgung, müssen ebenfalls berücksichtigt werden.



Burkhard Hintzsche
Stadtdirektor

Im Kontext Sozialraum stellt sich zwingend auch folgende Frage: Wie kann die Wohnsituation vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und dem ohnehin angespannten Düsseldorfer Wohnungsmarkt verbessert und wie können die Angebote für die Zielgruppe zugänglich gemacht werden? In Düsseldorf besteht die Möglichkeit, sich kostenlos und altersunabhängig im Amt für Wohnungswesen beraten zu lassen, zum Beispiel bei Wohnungsanpassungen. Ziel ist es unter anderem, durch Anpassung der Wohnung die sozialen nachbarschaftlichen Bezüge möglichst zu erhalten. Bereits vorhandene Ansätze wie Wohnungstausch und Umzugsmanagement sind ausbaufähig. Es ist allerdings schwierig, das Thema Wohnen nur in der Kommune zu administrieren, da viele Entscheidungsträger in der Privatwirtschaft sind.

Die bereits erwähnten „zentren plus“ erreichen in den Sozialräumen sehr viele Ältere und das Beratungsangebot sowie das Fallmanagement in Bezug auf Pflegebedürftigkeit sind eine wichtige Hilfe. Jedoch werden Menschen, die von Armut betroffen sind, unterdurchschnittlich erreicht. Hier bedarf es einer Verbesserung des Zugangs. Ein wichtiger Schritt wurde in den letzten Jahren gemacht: Beim Besonderen Sozialdienst des Jugendamtes wurde die aufsuchende Seniorenarbeit etabliert, die auch Alltagshelfer vorhält.

Derzeit wird eine durch den Seniorenrat angelegte Debatte im Bereich der Vergünstigungsregelungen im Alter geführt. Die vorhandene Forderung „Vergünstigungen für alle Seniorinnen und Senioren pauschal anzubieten“ ist aus Sicht von Herrn Stadtdirektor Hintzsche nicht realistisch. Es sollte auch genau hingeschaut werden, warum bestimmte Vergünstigungen nicht wahrgenommen werden. Dazu gehört zum Beispiel die Ermäßigung beziehungs-

weise die Befreiung von der Rundfunkgebühr. Gerade diese ist wichtig, da bei Zahlungsver säumnissen das Mahnverfahren eingeleitet wird und dieses bei Betroffenen massiven Druck auslöst.

Das Thema Armut hat viele Facetten. Eine wichtige Rolle spielt der freie Zugang zur Krankenversicherung, Teilhabe, aber auch Wertschätzung. Handlungspotenziale für die Kommune bieten sich in vielen Bereichen an. Dabei steht die soziale Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Vordergrund aller Aktivitäten und erstreckt sich quer durch alle Altersgruppen. Soziale Sicherheit definiert einerseits eine pluralistische Gesellschaft und sorgt andererseits als Kitt für ihren Zusammenhalt.

Herr Stadtdirektor Hintzsche bedankt sich für die Initiative des Seniorenrates zur Durchführung des heutigen Fachtages. Politik und Verwaltung müssen jetzt darauf setzen, mit den Ergebnissen des Fachtages die Lebensbedingungen der älteren Menschen in Düsseldorf zu verbessern.

Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von Holger Pfeiffer, Amt für Soziales.

Best Practice

Masterplan der Stadt Münster

Masterplan „Altengerechte, inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf“ der Stadt Münster

Herr Treutler erläutert die Entstehungsgeschichte des Masterplans „Altengerechte inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf“ in Münster. Der Masterplan setzt auf dem des Landes Nordrhein-Westfalen auf, dockt an den Sektor Pflege an und kommt damit nicht aus dem Schwerpunktbereich Altersarmut.

Die altengerechte Quartiersentwicklung in Münster nimmt den gesamten Alltag sowie die Bedürfnisse aller Menschen in den Blick und bezieht die Alters- und Einsamkeitsthematik automatisch mit ein. Wie in den meisten prosperierenden Städten ist auch in Münster Armut vorhanden und sie ist sehr unterschiedlich in der Stadt verteilt.

Die Quartiersplanung basiert auf der demographischen Entwicklung, dem Wandel der Lebensstile, der Änderung der familiären Bindungen sowie dem Trend zur Vereinzelung, der nicht unbedingt mit Vereinsamung gleichzusetzen ist. Bei den Planungen wird nicht nur der zunehmende Unterstützungsbedarf von Älteren beachtet, sondern auch deren Wünsche. Was brauchen sie, wenn sie zu Hause bleiben wollen? Was wird benötigt, wenn sie sich frühzeitig für andere Wohnformen im Alter entscheiden? Was ist erforderlich, wenn sie diese Entscheidung nicht bewusst treffen wollen oder können? Diese Fragen setzen weit vor einer Pflegebedürftigkeit an. Themen wie beispielsweise Mobilität, Gesundheit, Infrastruktur oder Alltagsunterstützung liegen weit davor. Letztendlich geht es um Inklusion

für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt und nicht nur um Seniorinnen und Senioren.

Vor diesem Hintergrund wurden in Münster folgende Basisziele formuliert und festgelegt:

- selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung
- lebendige Beziehungen zwischen Generationen
- Vermeidung sozialer Folgekosten
- Förderung des gesellschaftlichen Dialogs über das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft

Um diese Ziele zu erreichen, werden von der Stadt Münster Nachbarschaftsfeste veranstaltet, Begegnungs- und Beteiligungsangebote entwickelt, Patenschaften eingerichtet oder ein ehrenamtlicher Telefondienst angeboten. Die Stadt Münster leistet auch Hilfe beim Aufbau von Unterstützungs- und Betätigungsfeldern. In den Stadtteilen werden die vorhandenen Arztpraxen, Apotheken, Anbieter von Gesundheitsdiensten, Träger und Vereine in den Prozess mit einbezogen.

Für die Förderung des Dialogs innerhalb des Quartiers spricht die Kommune darüber hinaus Vertreterinnen und Vertreter der Wohnungswirtschaft, des Öffentlichen Personennahverkehrs, des Handwerks und des Einzelhandels an. Die Stadt Münster hat vor kurzem einen Fachtag zu diesem Thema unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände durchgeführt. Die Dokumentation ist in etwa vier Wochen auf den Internetseiten der Stadt Münster abrufbar.



Frank Treutler
Sozialamt der
Stadt Münster

Mit Blick auf die bisherigen eigenen Erfahrungen aus insgesamt elf Quartiersprojekten, die sich aktuell in sehr unterschiedlichen Umsetzungsstadien befinden, formuliert Herr Treutler abschließend folgende Empfehlungen zum Vorgehen:

- Einsatz von sogenannten „Quartiersentwicklerinnen oder Quartiersentwicklern“. Das sind in Münster überwiegend Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter, die sich zu Beginn ihrer Tätigkeit bewusst nicht im Quartier auskennen sollen.
- Viel Zeit und Geduld, weil es dauert, Antworten zu erhalten. Dazu kommt Zeit für Beziehungsarbeit sowie Beteiligungs- und Kommunikationsaufwand.
- Quartiersstützpunkte einrichten und dabei durchaus auf vorhandene Anlaufstellen, wie zum Beispiel Pflegestützpunkte, zurückgreifen.
- In der Verstetigungsphase von der Kommune mit einer Übergangszeit von etwa sechs Monaten an interessierte Vereine oder Träger überleiten. In Münster gibt es insgesamt 47 Quartiere, die auf Dauer nicht allein in der Hand der Kommune verbleiben können.
- Einbeziehung von Pflegebedarfsplanung.
- Bildung eines Arbeitskreises mit allen Trägern von Quartiersprojekten und den Quartiersentwicklerinnen und Quartiersentwicklern.

Zur Veranschaulichung wird ein kurzer Filmbeitrag eingespielt. Dieser gibt einen Einblick in die Aktivitäten der kommunalen Quartiersentwicklerinnen und Quartiersentwickler und macht deren Tätigkeit vor Ort erlebbar.

Abschließend erläutert Herr Treutler zu den Fragen aus dem Plenum, dass vom Sozialamt Münster als eine konkrete Maßnahme für die Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut das Fallmanagement „Teilhabe im Alter“ eingerichtet worden ist. Als weitere Bausteine benennt er beispielhaft die Förderprogramme für die Begegnungsstätten und die Förderung des Ehrenamts, die immer mit professioneller Unterstützung verknüpft wird. Das trifft zum Beispiel auf das Projekt „Von Mensch zu Mensch“ zu. Für solche Maßnahmen müssen allerdings finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Der Redebeitrag wurde zusammengefasst von Beate Sommer-Raith, Amt für Soziales.

Der Powerpoint-Vortrag ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Work

shop 1

Einsamkeit

Wie können ältere, einsame Menschen erreicht werden?

Wie kann Nachbarschaftshilfe ausgebaut werden?

Impulsreferat *Margit Risthaus, Diakonie Düsseldorf*

Moderation *Bert Römgens, Jüdische Gemeinde Düsseldorf*

Mitschrift *Tim Rankenhohn, Amt für Soziales*

Herr Römgens führte in den Workshop ein und wies darauf hin, dass Armut und Einsamkeit einander bedingen. Angesichts der Tatsache, dass unter den Seniorinnen und Senioren auch in Düsseldorf die Anzahl der 1-Personen-Haushalte stetig steigt, stellte er die Frage, wie Nachbarschaftshilfe ausgebaut werden kann und welchen Stellenwert die Gesellschaft dem Thema Einsamkeit gibt.

Frau Risthaus erläuterte in ihrem Impulsreferat zunächst die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von Splendid Research zum Thema Einsamkeit in Deutschland. Sie ist im Internet unter www.splendid-research.com/de/studie-einsamkeit veröffentlicht. Danach fühlen sich Menschen mit zunehmendem Alter weniger einsam. Gleichzeitig hängt das Gefühl von Einsamkeit von der Einkommenssituation ab. Wer über ein geringes Einkommen verfügt, gibt häufiger an, einsam zu sein. Die Frage darf jedoch nicht quantitativ betrachtet werden, sondern sie muss qualitativ betrachtet werden. Ungewollte Einsamkeit wird fast immer als quälend erlebt und sie kann gesundheitliche Schäden verursachen. Hierzu gehören zum Beispiel eine höhere Suchtgefährdung und ein stärkeres Auftreten von Depressionen, aber auch eine signifikant höhere soziale Isolation mit den einhergehenden gesundheitlichen Folgen. Auch die Sterblichkeit ist deutlich erhöht. Mit Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen könnte dem entgegengewirkt werden. Wichtig ist, die Menschen bei Bedarf durch eine Konfliktmoderation zu begleiten.

Ebenso wichtig ist eine gesellschaftliche Enttabuisierung, wie es sie vor rund zehn Jahren beim Thema Demenz gab. Erst durch einen gewissen Handlungsdruck hatte sich eine systematische Herangehensweise etabliert. Ein gemeinsames strategisches Vorgehen gegen Einsamkeit im Alter ist schon ein erster Gewinn dieses Fachtages. Jetzt geht es darum, Menschen mit „Bausteinen sozialer Integration“ aus ihrer sozialen Isolation zu holen. Neben vielfältigen Informationen und einem breit gefächerten Angebot an Veranstaltungen oder Gruppen benötigt es eine Art Brückenschlag. Mit niedrigschwelligen Angeboten könnte ein einfacher Zugang geschaffen werden. Entscheidend ist im Bedarfsfall eine Begleitung, etwa bei Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, bei denen es sich aber nicht immer gleich um eine Krankheit handeln muss. Auch Personen, die über einen langen Zeitraum ihren Partner beziehungsweise ihre Partnerin gepflegt und sich dadurch aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgezogen haben, brauchen oftmals Unterstützung. Die Integration in neue soziale Bezugsgruppen ist für sie eine Herausforderung.

Die Begleitung könnten beispielsweise Patinnen und Paten und/oder hauptamtlich Mitarbeitende übernehmen.

Die Angebote sollten eine sinnstiftende Mitarbeit ermöglichen. Niemand möchte immer nur eine passive Rolle einnehmen, sozusagen „bespaßt“ werden. Mitwirkung ist für die meisten Menschen ein zentrales Bedürfnis.

Um auch einkommensschwachen Personen Teilhabe zu ermöglichen, sind finanzielle Hilfen notwendig. Das könnten etwa allgemein niedrige Grundpreise bei den Angeboten oder Staffelpreise bei Sonderveranstaltungen sein. Auch die Auffindbarkeit sowie Barrierefreiheit der Angebote sind wichtig.

Eine Lücke im System ist, wie bisher unerreichte Seniorinnen und Senioren erreicht werden können. Hier könnte versucht werden, Punkte zu schaffen, an denen Betroffene in ihrem Alltag „abgeholt“ werden, beispielsweise in Apotheken, bei Ärztinnen und Ärzten oder anderen Orten, die von älteren Menschen stark frequentiert werden.

Auf Anbieterseite sind eine gute Kenntnis des Hilfesystems und die Sensibilisierung für das Thema Einsamkeit von Bedeutung und Voraussetzung für eine gelingende Aktivierung und Solidarisierung.

Nach dem Impulsreferat teilten sich die Teilnehmenden in mehrere Gruppen auf. Sie entwickelten Ideen, Hinweise und Aussagen zu den folgenden Fragen:

- Was sind Hinderungsfaktoren?
- Wie erreichen wir ältere Menschen?
- Was wird für den Aufbau von Nachbarschaftshilfe benötigt?

Die Antworten wurden gesammelt und thematisch sortiert. Folgende Kernaussagen wurden extrahiert:

- Es werden wohnortnahe Teilhabemöglichkeiten benötigt.
- Erforderlich ist eine empathische und respektvolle Grundhaltung der Dienstleistenden und der Gesellschaft.
- Es werden Angebote für Menschen anderer ethnischer Herkunft benötigt.
- Seniorenhotline
- Um vereinsamte Seniorinnen und Senioren zu erreichen, sollte
 - eine gezielte Kampagne an die Ärztekammer, die Apothekerkammer sowie an andere Dienstleister gerichtet werden,
 - es Streetworkerinnen und Streetworker für Seniorinnen und Senioren geben (im Sinne von zugehenden Hilfen).

Der Powerpoint-Vortrag von Frau Risthaus ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Work

shop 2

Teilhabe und Vergünstigungen

Wie kann das Angebot in Düsseldorf transparenter gemacht werden?

Wie können neue Firmen für Vergünstigungen gewonnen werden (Düsselpass)?

Wie können die Teilhabe und die Mobilität verbessert werden?

Ist das Sozialticket zu teuer?

Impulsreferat

Birgit Herra, Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH

Moderation

Elisabeth Kreft, Deutsches Rotes Kreuz Düsseldorf

Mitschrift

Gudrun Tholen-Mauersberger, Amt für Soziales

>> *Ich schließe mich dem Zitat von Johnny Bruhn-Tripp an: Rente muss zum Leben reichen. Vergünstigungen sind immer nur die zweite Wahl. Besser ist eine verlässliche Rente, die eine Versicherungsleistung ohne Anspruchsprüfung bleibt.<<*

Birgit Herra, Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH

Überblick über die vorhandenen Vergünstigungen

Düsselpass

Unter Verweis auf den Katalog der Vergünstigungen wurde der Düsselpass vorgestellt.

Sozialticket

Nur 20 Prozent der Bedürftigen nehmen dieses Angebot an.

Vereine, Initiativen und Stiftungen

„Herzwerk – Aktiv gegen Armut im Alter“, „Bürgerstiftung – Notgroschen für Senioren“, „Netzwerk gegen Armut Düsseldorf“, „Breucker-Stiftung“ sowie „Düsselsonne – Tatkraft für Menschen e.V.“ wurden beispielhaft mit ihrem Angebot vorgestellt.

Drei Fragen, drei Thesen

Wie kann das Angebot in Düsseldorf transparenter gemacht werden?

Frau Herra stellte die Vermutung auf, dass weniger die Transparenz ein Problem darstellt, sondern die Scham und die Angst vor Verachtung. Besser stellt sich also die Frage: Wie kann das Angebot diskriminierungsfrei und attraktiv gemacht werden?

Wie können neue Firmen für Vergünstigungen gewonnen werden (Düsselpass)?

Durch die Vergünstigung entsteht kein höherer Umsatz und erstmal keine höhere Reputation. Was könnte der Gewinn für die Firmen sein?

Wie können die Teilhabe und die Mobilität verbessert werden? Ist das Sozialticket zu teuer?

Das Sozialticket kostet 37,80 Euro und ist damit zu teuer. Es liegt 10 Euro über dem in der Grundsicherung vorgesehenen Regelbedarf für den öffentlichen Personennahverkehr. Diese Unterdeckung muss von den Betroffenen an anderer Stelle eingespart werden. Dies entspricht dem Bedarf für 2 bis 3 Tage Nahrungsmittel. Das führt zur räumlichen Einschränkung der Aktivitäten und der Erreichbarkeit von Gelegenheiten zur Teilhabe, vor allem über die Stadtgrenze hinaus.

Quintessenz

Vergünstigungen sind immer nur die zweite Wahl. Die Rente muss zum Leben reichen.

Zusammenfassung der Diskussion

1. Wie kann das Angebot in Düsseldorf transparenter gemacht werden?

- Beratungskultur in den Ämtern diskriminierungsfrei gestalten
- mehr Hausbesuche / aufsuchende Hilfe ermöglichen
- Flyer der oben genannten Stiftungen zum Beispiel in Arztpraxen und Apotheken auslegen
- Kölner Modell erfragen
- Schlüsselpersonen (Apotheke, Bank, Arztpraxis usw.) als Multiplikatoren identifizieren und einsetzen

2. Wie können neue Firmen für Vergünstigungen gewonnen werden (Düsselpass)?

- Betroffene nach deren Wünsche fragen
- mehr Apotheken akquirieren
- Broschüre erstellen (nicht nur mit Kulturangeboten, sondern auch mit Einkaufsmöglichkeiten), die Broschüre gemeinsam mit der Einladung zur Seniorenratswahl 2019 versenden
- Sparen durch Energieberatung
- Händlergemeinschaften ansprechen
- die Firmen anfragen, die schon Familienkarte und Ehrenamtskarte sponsern, (vorhandene Strukturen nutzen)
- persönliche Akquise durch den Oberbürgermeister
- Ausstellung eines Zertifikates „sozial nachhaltiges Unternehmen“ zur Verbesserung der Reputation dieser Firma

3. Wie können die Teilhabe und die Mobilität verbessert werden? Ist das Sozialticket zu teuer?

- Berechtigungsscheine direkt an die Bedürftigen mit dem Bewilligungsbescheid Grundversicherung/Wohngeld verschicken (ohne zusätzlichen Antrag)
- Sozialticket sollte nicht als solches erkennbar sein
- Warum auf Düsseldorf begrenzt?
- 10 Euro sind zu teuer: Regelsatz anpassen oder Ticketpreis reduzieren

4. Und sonst?

- Erhöhung der Berechnungsgrundlage (Zuschlag Regelbedarf) beim Düsselpass
- Erweiterung der interkulturellen Angebote
- Dolmetschende für Gebärdensprache fehlen in der Beratung bei der Stadtverwaltung
- Shuttlebus für gehörlose Seniorinnen und Senioren einrichten

- Stellung eines mehrsprachigen Dolmetschenden für Gebärdensprache in der Volkshochschule zwecks Ermöglichung der Kursteilnahme

Zusammenfassung der Ergebnisse

Folgende Aussagen wurden von den Teilnehmenden des Workshops bei der Frage nach ihrer Bedeutsamkeit am höchsten bewertet:

Zu Frage 1

Umfassende Broschüre über alle Angebote erstellen, Schlüsselpersonen als Multiplikatoren identifizieren, Beratungskultur im Amt verbessern, mehr Hausbesuche

Zu Frage 2

Auf Kontakte von Familienkarte/Ehrenamtskarte zugreifen, persönliche Akquise, Düsseldorfer Zertifikat: „Sozial nachhaltiges Unternehmen“

Zu Frage 3

Sozialticket darf äußerlich nicht erkennbar sein, es muss billiger werden (nicht teurer als der Mobilitätsanteil im Regelsatz), Berechtigungsscheine direkt an die Bedürftigen mit dem Bewilligungsbescheid Grundversicherung/Wohngeld verschicken (ohne zusätzlichen Antrag)

Der Powerpoint-Vortrag von Frau Herra ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Work

shop 3

Verschämte Armut

Was hält Menschen davon ab, soziale Leistungen zu beantragen?

Wie können Bedürftige erreicht werden?

Wie kann ein niedrigschwelliger Zugang zu den Hilfen organisiert werden, besonders bei der Grundsicherung?

Impulsreferat *Georg Peters, Caritasverband Düsseldorf*
Moderation *Pfarrer Thorsten Nolting, Diakonie Düsseldorf*
Mitschrift *Sigrid Junge-Ludwig, Amt für Soziales*

Georg Peters: „Für die meisten im Alter von Armut betroffenen oder bedrohten Seniorinnen und Senioren liegen der sozialen Verwandlung tiefe Schicksalsschläge zugrunde. Konkret sind dies Verlust der Arbeit, Krankheit, Scheidung, Tod des Partners oder der Verlust der Wohnung, die zu Angst, Scham und dem Gefühl von Ausgrenzung führen.“

Gerade älteren Menschen wird häufig schmerzhaft bewusst, dass für sie der Zustand der finanziellen Engpässe und Notlagen kein vorübergehender, sondern vielmehr ein Dauerzustand ist. Die Ausführungen machen deutlich, dass versteckte Armut vor allem durch die Scham der Betroffenen geprägt ist.“

Das Impulsreferat veranschaulichte eindrücklich die Bedeutung des Schamgefühls im Zusammenhang mit dem Erleben von Armut. Ob ausgelöst durch eine nicht auskömmliche Rente oder aber durch eine Sozialisation in einem Haushalt mit materieller Entbehrung: Menschen mit Scham fühlen sich oft ohnmächtig und machtlos, ziehen sich häufig aus dem gesellschaftlichen Leben zurück und erleben sich selbst als unerwünscht.

Die finanzielle Begrenztheit mit dem erhöhten Risiko einer Schulden Situation begünstigt dieses negative Lebensgefühl ebenso wie regelmäßige Folgeanträge für Transferleistungen, durch die die eigene Bedürftigkeit immer wieder gegenwärtig wird.

Schon im Rahmen des Referates wurden Maßnahmen aufgezeigt, verschämter Armut zu begegnen. Neben den Möglichkeiten unmittelbarer Informationen wurden hier die Chancen einer Ansprache des Personenkreises im Rahmen niedrigschwelliger Angebote erläutert sowie die Bedeutung vielfältiger Netzwerke und Kooperationen dargestellt.

Eine weitergehende Erörterung geeigneter Maßnahmen zur Begegnung verschämter Armut erfolgte zunächst in Kleingruppen und dann im Plenum:

Vor Rentenbeginn

- mehr Öffentlichkeit (positive Kampagnen, Plakatierungen)
- mehr sachgerechte Informationen
- mehr Beratungsangebote (qualifiziertes Personal und Ehrenamtliche)

Entwicklung behördlicher Strukturen

- Anpassung von Bescheiden: „Einfache Sprache“
- freundliche Ansprache
- Entwicklung eines ganzheitlichen Hilfeansatzes
- Prüfung des Verfahrens wiederkehrender Anträge
- Zusammenarbeit von Institutionen im Interesse der Hilfebedürftigen (zum Beispiel Amt für Soziales und Stadtwerke, sofern gewünscht)
- Bereitstellung zentral verfügbarer Informationen

Entwicklung der Quartiersarbeit

- Aufbau von Netzwerken/Nachbarschaftshilfe
- Sensibilisierung der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Alltag (Arztpraxen, Apotheken usw.)
- Einsatz eines mobilen Beratungsdienstes („Altenmobil“ mit Kaffee)
- Ausbau von Beratungszeiten in den „zentren plus“ (hauptamtlich und ehrenamtlich)
- Nutzung des Seniorenbesuchsdienstes (Jugendamt) unter Berücksichtigung der individuellen Selbstbestimmung

Übergreifende Inputs

- Verwendung von mehrsprachigem Informationsmaterial
- Feststellung und Berücksichtigung differenzierter Ausgangslagen bei der Ansprache potentieller Personenkreise
- Einsatz städtischer Ressourcen zur Schaffung niedrigschwelliger Angebote für die „Alten von morgen“
- Einbeziehung junger Menschen in die Lebenslagen von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedrohter älterer Menschen
- professioneller Ausbau bürgerschaftlichen Engagements
- Nutzung neuer Technologien, zum Beispiel Entwicklung einer Senioren-App

Ergebnisse des Workshops

- Thema enttabuisieren (offener Diskurs, Kampagnen)
- Behördenkommunikation vereinfachen (und freundlicher gestalten)
- Zielgruppenspezifische Information verbessern (Multiplikatorinnen und Multiplikatoren schulen und nutzen)
- präventive Hausbesuche beziehungsweise aktive Kontaktaufnahme
- Stundenausbau der Beratung in den „zentren plus“

Der Powerpoint-Vortrag von Herrn Peters ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Work

shop 4

Wohnen

Selbstbestimmt Wohnen im Alter – seniorenrecht und bezahlbar!

Wie kann das gelingen?

Wohnprojekte! Wie können sie realisiert werden und welche

Chancen ergeben sich?

Impulsreferat *Heike Lohkamp und Sabine Naujoks, Amt für Wohnungswesen*

Moderation *Melanie Reichartz, Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf*

Mitschrift *Elke Duscher, Amt für Wohnungswesen*

Im ersten Impulsreferat wurden anhand von Daten und Zahlen Aussagen über die Bevölkerungsstruktur, Mieten und das Angebot an kleineren barrierefreien geförderten Wohnungen in Düsseldorf getroffen. Abschließend wurden die bestehenden Steuerungselemente beziehungsweise Fördermöglichkeiten der Landeshauptstadt Düsseldorf und des Landes NRW vorgestellt.

Im zweiten Impulsreferat wurde zunächst der Begriff Wohnprojekt definiert und die verschiedenen Projektmodelle erläutert. Anschließend wurden die Voraussetzungen zum Gelingen eines Wohnprojektes und die daraus resultierenden Chancen dargestellt. Nach den Impulsreferaten diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in vier Kleingruppen, wobei zwei Gruppen sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Wohnprojekte“ und zwei Gruppen mit „seniorengerechtem und bezahlbarem Wohnraum“ beschäftigten. Die Ergebnisse aus den Kleingruppen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Umzugsmanagement / Wohnungstausch

Das Umzugsmanagement im Wohnungsamt sollte um ein Wohnungstauschmanagement erweitert werden und umfassend sein, zum Beispiel Beratung bei der Neueinrichtung und Hilfe bei der Entsorgung von Wohngegenständen anbieten. Es sollen ferner Modelle etabliert werden, die einen Wohnungstausch finanzierbar und nicht teurer machen.

Wohnrecht stärken

Keine Zweckentfremdung vorhandener Wohnungen, zum Beispiel in Ferienwohnungen, Messezimmer, Leerstand, Büros. Der Wohnraumnutzung sollte der Vorrang vor anderen Interessen / Umnutzung gewährt werden.

Barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen

Insgesamt sollen mehr öffentlich geförderte Wohnungen, insbesondere für 1-Personen-Haushalte (um die 50 qm), geschaffen werden, dabei soll von 100 Wohnungen mindestens eine Wohnung rollstuhlgerecht sein. Auch der Wohnungsbestand soll barrierefrei umgebaut werden. Hier sollen Anreize für Vermieterinnen und Vermieter geschaffen werden. Besondere Bedeutung hat dabei ein barrierefreier Zugang durch Rampen und Aufzüge.

Wohnprojekte

Wohngruppen und Projekte sollen beraten und begleitet werden. Dazu soll die Agentur für Baugemeinschaften gestärkt und weiter qualifiziert werden. Die Verpflichtung von Investoren zur Realisierung von Wohnprojekten soll im Handlungskonzept Wohnen verankert und sodann im Bebauungsplanverfahren verpflichtend festgelegt werden. Es sollen aber auch Anreize für Investoren, zum Beispiel durch Belegungskonzepte, geschaffen werden. Wohnprojekte sollen künftig auch im Wohnungsbestand realisiert werden.

Anschließend wurden die Ergebnisse der Kleingruppen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops vorgestellt und zu Kernaussagen zusammengefasst.

Ergebnisse des Workshops

- Wohnungstausch beim Fachbereich Umzugsmanagement ergänzen
- Wohnraumschutz
- barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen im Neubau und Bestand
- weitere Anreize für Investoren / Kooperationspartner (Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt ZUKUNFT WOHNEN.DÜSSELDORF)
- professionelle Begleitung und Beratung der Wohnprojekte
- Wohnprojekte auch im Bestand

Der Powerpoint-Vortrag von Frau Lohkamp und Frau Naujoks ist im Internet unter www.duesseldorf.de/soziales (siehe unter Fachtagungen) veröffentlicht.

Ausblick

Planung der nächsten Schritte

Herr Buschhausen dankt zunächst allen, die den Fachtag mit organisiert haben. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung des Fachtages nicht nur aus städtischen Mitteln, sondern gemeinsam mit der liga wohlfahrt düsseldorf erfolgt.

In den Vorträgen von Herrn Stadtdirektor Hintzsche und von Herrn Professor Dr. Sell ist anhand der dargestellten Zahlen, Daten und Fakten mit Bezug zum deutschen Rentensystem deutlich geworden, wie stark eingeschränkt die Handlungsmöglichkeiten einer Kommune sind, um grundsätzliche Verbesserungen für die Menschen herbeizuführen. Dennoch muss der Blick auf die Ressourcen gerichtet werden, die im Zusammenwirken aller Akteurinnen und Akteure im Sinne der Menschen mobilisiert werden können.

Durch die Workshop-Präsentationen wurden die Ergebnisse des Fachtages sehr gut beschrieben. Ein wichtiger Aspekt ist die Verbesserung der Erreichbarkeit von Menschen, die nicht in der Lage sind, aus welchen Gründen auch immer, eine angemessene Teilhabe für sich zu erreichen. Hier sollte der Blick auf die integrierte Quartiersentwicklung gerichtet werden, die sich in Düsseldorf gerade in der Entwicklung befindet. Diese könnte auch einen entscheidenden Beitrag zum Abbau verschämter Armut leisten.

Die entscheidende Frage aber lautet nun: Wie geht es nach dem Fachtag konkret weiter? Zunächst werden die Ergebnisse des Fachtages zeitnah im Internet veröffentlicht und es wird eine Dokumentation erstellt. Diese stellt die Grundlage für die weitere Arbeit dar. Herr Buschhausen schlägt vor, die Ideen der Workshops zu Handlungsempfehlungen zusammen-

zuführen, um sie dann in allen relevanten Ausschüssen beraten zu lassen. Dazu gehören zum Beispiel der Ausschuss für Gesundheit und Soziales, der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung oder auch der Ausschuss für Wohnungswesen. Die Handlungsempfehlungen können aber auch direkt in den Rat der Stadt Düsseldorf eingebracht werden. Damit folgt dann aber auch die Frage nach der Finanzierung der verschiedenen Maßnahmen. Fiskalisch relevante Themen werden von der Verwaltung in die Etatplanungen eingebracht. Auch die liga wohlfahrt hat die Möglichkeit, wichtige Themen in den Anträgen zum Etat zu platzieren.

Parallel dazu werden die Erkenntnisse des Fachtages, soweit möglich, schon jetzt in die Weiterentwicklung der Arbeit der „zentren plus“ einfließen. Die Grundlage hierfür wurde bereits gelegt: Im interfraktionellen Haushaltsbegleitantrag zur Weiterentwicklung der Arbeit der „zentren plus“ wurde die Verwaltung beauftragt, die Aspekte der optimierten Quartiersausrichtung, eine Stärkung ihrer Lotsen- und Beratungsfunktion, eine stärkere Demenzarbeit sowie neue aktivierende Ansätze zu prüfen.

Klar ist aber auch, dass die Mittel der Kommune endlich sind und die Politik hier gegebenenfalls neue Schwerpunkte bilden muss, wenn zusätzliche Finanzmittel für das Thema Armut und Einsamkeit im Alter benötigt werden. In diesem Zusammenhang würdigt Herr Buschhausen die ausgeprägte ehrenamtliche Tätigkeit von vielen Bürgerinnen und Bürgern, ohne die das „Soziale“ gar nicht zu finanzieren ist.



**Roland
Buschhausen**
*Leiter des Amtes
für Soziales*

Frau Ruhland von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, einen Masterplan zur Linderung der Armut in Düsseldorf zu entwickeln, der die Ergebnisse des Fachtages aufgreift. Durch Schwerpunktsetzung könnten konkrete Projekte aufgelegt werden, deren Finanzierung dann auch sichergestellt wird.

Herr Buschhausen bestätigt, dass die von ihm angesprochenen Handlungsempfehlungen genau in diese Richtung gehen sollen. Vorstellbar seien aber auch Maßnahmen, bei denen der fiskalische Aspekt nicht im Vordergrund steht und er verweist auf die Empathiediskussion. Auch ein Arbeitskreis, der lesbare Anträge und Bescheide entwickelt, ist für ihn vorstellbar. Im Rahmen des vom Oberbürgermeister angestoßenen Prozesses „Verwaltung 2020“ wird sich das Amt für Soziales komplett neu organisieren. Vor allem soll ein umfassender und interdisziplinärer Beratungsansatz, der die gesamte Lebenssituation der antragstellenden oder ratsuchenden Menschen vor Augen hat, eingeführt werden. Die isolierte Bearbeitung von Ansprüchen, bei der die Ratsuchenden von einer Abteilung zur nächsten laufen müssen, gibt es dann nicht mehr.

Herr Buschhausen signalisiert die Bereitschaft, solche konstruktiven Fachtage zum Thema Armut in ähnlicher Form auch regelmäßiger durchzuführen, da sie auch einen wichtigen Beitrag leisten, die Thematik bewusst zu machen.

Herr Dr. Mühlen vom Seniorenrat bedankt sich für die gelungene Organisation des Fachtages durch die Kolleginnen und Kollegen des Amtes für Soziales.

*Der Redebeitrag wurde zusammengefasst
von Andreas Semrau, Amt für Soziales.*



Landeshauptstadt Düsseldorf
Amt für Soziales

Herausgegeben von der
Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Amt für Soziales

Verantwortlich Roland Buschhausen
Redaktion Heike Bergenthun
Bilder Fotostudio Zur Alten Metzgerei,
Michelle Magulski, Amt für Soziales
Gestaltung Julien Marc Ross

VI/18-.,5
www.duesseldorf.de

